



GESELLSCHAFT FÜR KRISENBEWÄLTIGUNG

Standhaft im Sturm, klar im Kurs. Selbst denken in unsicheren Zeiten.

WIE GEHT ES DEUTSCHLAND WIRKLICH?

Die faktische Grundlage zum Video – Lagebewertung, Quellen und Belege für alle, die es genauer wissen wollen

Herausgeber: Gesellschaft für Krisenbewältigung (GfKb)

Autor: Dipl.-Ing. Robert Jungnischke, Präsident der GfKb

Faktenstand des Videoskripts: 28. Juli 2026 · Ergänzende Quellenprüfung dieses Dokuments: 5. August 2026

Dokumenttyp: Faktenpapier zum Video „Wie geht es Deutschland wirklich?“

Vorwort: Wozu dieses Dokument

Dieses Papier führt zwei Quellen zusammen: das vollständige GfKb-Faktenpapier „Deutschland – Gesamtlage 2026 und Ausblick bis 2040“ (Stand 28. Juli 2026), das die eigentliche fachliche Grundlage unseres Videos „Wie geht es Deutschland wirklich?“ bildet, und eine ergänzende externe Quellenprüfung, die wir zusätzlich vorgenommen haben. Wo unsere externe Prüfung eine Zahl unabhängig bestätigt, eine Aktualisierung nahelegt oder eine Präzisierung sinnvoll macht, ist das als „GfKb-Ergänzung“ gekennzeichnet. Der weit überwiegende Teil des Textes stammt jedoch direkt aus dem GfKb-Faktenpapier selbst – es ist die dichteste und am genauesten belegte Fassung unserer Lagebewertung.

Wir folgen dabei durchgehend dem Grundsatz, der die Arbeit der GfKb trägt: Wir sagen, was belegt ist. Wir kennzeichnen, wo wir aus Fakten eine Schlussfolgerung ziehen. Und wir nennen auch die Gegenargumente. An mehreren Stellen weist das Faktenpapier selbst ausdrücklich auf Interpretationen hin (gekennzeichnet mit „(I)“), die von reinen Fakten zu unterscheiden sind – auch das haben wir übernommen.

Wichtiger Hinweis zur Aktualität: Mehrere der hier behandelten Entwicklungen – insbesondere die geopolitische Lage am Golf, der Ölpreis, die CO₂-Preisprognosen und der Bundeshaushalt – verändern sich kurzfristig. Zahlen mit Datumsangabe waren zum genannten Stichtag korrekt; sie sollten vor einer erneuten Veröffentlichung nochmals auf ihre Aktualität geprüft werden.

Die Kurzfassung

Deutschland steckt gerade nicht in einem einzelnen Problem, sondern in mehreren gleichzeitig: Die Energie ist teuer und bleibt es noch lange. Gut ausgebildete Fachkräfte fehlen und werden über Jahre knapp bleiben. China und die USA ziehen technologisch und wirtschaftlich davon. Der wichtigste Handelspartner China wird gleichzeitig zum direkten Konkurrenten und liefert sich mit der EU einen Schlagabtausch bei Sanktionen. Ein Krieg am Persischen Golf treibt gerade die Öl- und Gaspreise zusätzlich nach oben. Der Staat gibt sein Geld vor allem für Militär und Renten aus, weniger für Straßen, Bildung und digitale Infrastruktur. Und Computer sowie Roboter übernehmen zunehmend Aufgaben, die bisher als sichere Jobs galten.

Keines dieser Probleme lässt sich schnell lösen. Für eine neue, verlässliche und günstige Energiegrundlage bräuchte Deutschland mindestens 15 Jahre. Für ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte mindestens 20 Jahre. Erst wenn beides gleichzeitig vorhanden ist, endet die Wettbewerbsschwäche deutscher Firmen. Da beides noch nicht einmal richtig begonnen hat, ist eine schnelle politische Lösung nach der vorliegenden Faktenlage nicht möglich.

1. Wo Deutschland im Vergleich mit China und den USA steht

Es gibt ein bekanntes Ranking, das jedes Jahr die Wettbewerbsfähigkeit von 70 Ländern vergleicht (IMD World Competitiveness Ranking). 2026 liegen die USA auf Platz 10, China auf

Platz 12, Deutschland auf Platz 23. Vor vier Jahren, 2022, lag Deutschland noch auf Platz 15. Der Abstand wächst also, er schrumpft nicht.

Land	Gesamtplatz	Wirtschaft	Regierungshandeln	Unternehmen	Infrastruktur
USA	10	8	27	12	3
China	12	7	36	13	9
Deutschland	23	16	37	39	11

Quelle: IMD World Competitiveness Booklet 2026.

Besonders auffällig sind zwei Werte: Platz 39 bei der Effizienz von Unternehmen und Platz 37 bei der Effizienz des Staates – beides Bereiche, in denen Deutschland weit hinter USA und China zurückliegt.

Noch deutlicher wird es bei Zukunftstechnologien. Ein australisches Forschungsinstitut (ASPI) untersucht, welches Land bei 74 wichtigen Zukunftstechnologien in der Forschung führt – etwa bei Batterien, künstlicher Intelligenz oder neuen Materialien. China liegt inzwischen bei 69 von 74 Technologien vorn. Vor gut zwanzig Jahren war es fast umgekehrt: Damals führten andere Länder bei 60 von 64 untersuchten Technologien.

Und wo steht Deutschland dabei konkret? Die ehrliche Zahl: Deutschland gehört bei 30 von 74 Technologien zu den weltweit fünf forschungsstärksten Ländern – das ist die beste Platzierung in ganz Europa, noch vor Italien (14) und Frankreich (4), und eine Verbesserung gegenüber früher (24 von 64 in der vorherigen Ausgabe des Trackers). Das klingt zunächst nach einer guten Nachricht. Der entscheidende Unterschied liegt aber zwischen „unter den besten Fünf vertreten sein“ und „die Technologie tatsächlich anführen“: China führt bei 69 der 74 Technologien, die Vereinigten Staaten bei den meisten der restlichen. Rechnet man das durch, bleibt für alle anderen Länder der Welt zusammen – Deutschland eingeschlossen – kaum noch eine Technologie übrig, bei der sie tatsächlich die Nummer eins sind. Deutschland ist bester Mitspieler in einem Feld, das zwei andere Länder unter sich ausmachen. Das ist die nüchterne, unbequeme Übersetzung der Zahl 30 von 74.

GfKb-Ergänzung (externe Prüfung, Stand 5. August 2026): Das IMD-Ranking 2026 (USA 10, China 12, Deutschland 23) konnten wir unabhängig über die Neue Zürcher Zeitung und die IHK Rhein-Neckar bestätigen. Beim ASPI-Techtracker gibt es eine neuere Datenaktualisierung als die im Faktenpapier zugrunde gelegte Dezember-2025-Ausgabe: Das März/Juni-2026-Update weist Deutschland nur noch bei 27 statt 30 Technologien unter den Top 5 aus – ein weiterer leichter Rückgang, der die im Papier beschriebene Richtung bestätigt, aber bei einer erneuten Veröffentlichung aktualisiert werden sollte.

Quellen zu diesem Abschnitt

- IMD World Competitiveness Booklet 2026.
- Australian Strategic Policy Institute: Critical Technology Tracker, Ausgaben 2023–2026 (Update Dezember 2025: 30 von 74 Technologien für Deutschland; Update März/Juni 2026: 27 von 74).

2. Energie: Die Grundlage, die nicht stimmt

Strom ist die Basis für so gut wie jede industrielle Produktion. Wenn die Grundlage teuer ist,

wird alles teurer, was darauf aufbaut.

Eine deutsche Fabrik zahlt heute im Schnitt 12 bis 16 Cent für eine Kilowattstunde Strom, kleinere Betriebe teils über 26 Cent. In den USA sind es etwa 7,5 Cent, in China rund 8 Cent. Deutsche Industrie zahlt damit fast doppelt so viel wie ihre wichtigsten Konkurrenten.

Der Grund: Deutschland hat 2023 seine letzten Kernkraftwerke abgeschaltet und schaltet gesetzlich festgelegt bis spätestens 2038 auch alle Kohlekraftwerke ab. Das frühere, günstige Pipelinegas aus Russland fällt seit 2022 weg. Seitdem bestimmt der weltweite Markt für Flüssiggas (LNG) das europäische Preisniveau – und zwar für praktisch alles Gas, auch das per Pipeline aus Norwegen gelieferte, weil Gas ein weltweit gehandelter Rohstoff mit einem gemeinsamen Preis ist. Die alte, günstige Preisobergrenze ist damit dauerhaft weg, nicht nur vorübergehend.

2.1 Die geplanten neuen Kraftwerke reichen nicht

Die Bundesnetzagentur – die zuständige Behörde selbst – beziffert den Bedarf an zusätzlicher, verlässlicher Kraftwerksleistung bis 2035 auf 22 bis 35 Gigawatt. Am 10. Juli 2026 wurde ein Gesetz verabschiedet (StromVKG), das neue Gaskraftwerke ausschreiben soll. Die ersten Ausschreibungsrunden sind für September und Dezember 2026 vorgesehen, mit zusammen 9 Gigawatt, dazu kommen 5 Gigawatt Neubau und 2 Gigawatt Modernisierung aus einem separaten Programm – macht in Summe rund 11 Gigawatt.

Das ist die zentrale Zahl, die oft übersehen wird: 11 Gigawatt geplante Kapazität stehen einem von der Bundesnetzagentur selbst festgestellten Bedarf von 22 bis 35 Gigawatt gegenüber. Selbst wenn alles nach Plan läuft und diese Kraftwerke 2031 wie vorgesehen fertig werden (was schlicht unmöglich ist), bleibt eine Lücke von mindestens der Hälfte des Bedarfs offen. Das heißt: Es gibt auch nach 2031 keine echte Versorgungssicherheit, sondern bestenfalls eine teilweise Entschärfung des Problems.

Und aktuell, im Sommer 2026, ist noch nicht einmal ein einziges dieser Kraftwerke im Bau – es gibt nur den Gesetzestext und angekündigte Ausschreibungstermine. Bei deutschen Großprojekten wie Stuttgart 21 (ursprünglich rund 4,5 Milliarden Euro geplant, heute über 11 Milliarden Euro, fertig frühestens 2030/31) oder dem Flughafen BER (rund acht Jahre später fertig als geplant) sind Verzögerungen die Regel, nicht die Ausnahme.

Selbst wenn die Kraftwerke pünktlich und im vollen geplanten Umfang fertig würden, bliebe ein zweites Problem: Sie würden mit genau dem teuren, weltweit gepreisten Gas betrieben, das oben beschrieben wurde. Das löst also bestenfalls die Frage der Versorgungssicherheit teilweise, aber nicht die Frage der hohen Kosten.

2.2 Der CO₂-Preis: eine zweite, gesetzlich festgelegte Kostenspirale

Unabhängig von alldem gibt es eine zweite Kostenquelle, die unabhängig vom Krieg oder von der Gasversorgung Jahr für Jahr steigt: den europäischen CO₂-Preis. Firmen, die Kohlendioxid ausstoßen, müssen dafür Zertifikate kaufen. Anfang 2026 lag der Preis bei 65 bis 75 Euro pro Tonne. Die Zahl der verfügbaren Zertifikate ist für 2026 gesetzlich auf 215 Millionen begrenzt und sinkt jedes Jahr planmäßig weiter. Für 2027 rechnen Fachleute mit einem Preis von 90 bis 95 Euro pro Tonne. Bisher bekamen Industriebetriebe einen Teil dieser Zertifikate kostenlos – das läuft ab 2026 schrittweise aus.

Das Wichtige daran: Dieser Kostenpfad ist gesetzlich festgelegt und läuft weiter, egal wie sich der Krieg am Golf oder die Handelsstreitigkeiten mit China entwickeln. Selbst wenn morgen alle anderen Probleme gelöst wären, würde dieser Kostenblock jedes Jahr automatisch weiter wachsen.

2.3 CBAM: der Versuch eines Ausgleichs – mit eigenen Problemen

Damit europäische Firmen durch den CO₂-Preis keinen Nachteil gegenüber Importen aus Ländern ohne CO₂-Bepreisung haben, gibt es seit 2026 den sogenannten CO₂-Grenzausgleich (CBAM). Importeure von Stahl, Zement, Aluminium, Düngemitteln, Strom und Wasserstoff müssen dafür ebenfalls CO₂-Zertifikate kaufen. Aktuell deckt das nur sechs Warengruppen ab, etwa 1,7 % der gesamten deutschen Importe. Ab 2028 soll das auf rund 180 weitere, nachgelagerte Produktgruppen ausgeweitet werden.

Das Problem: Lieferländer reagieren darauf nicht einfach, indem sie weniger liefern. Die Forschung beschreibt zwei andere, ebenfalls unerfreuliche Reaktionsmuster. Erstens Handelsumlenkung: Exporteure verkaufen ihre CO₂-intensive Ware bevorzugt an Käufer ohne CBAM und schicken der EU nur noch einen kleineren, teureren Rest. Zweitens sogenanntes Resource Shuffling: Exporteure schicken gezielt ihre saubersten Produktionschargen in die EU, um wenig CBAM-Zertifikate zahlen zu müssen, und verkaufen die schmutzigeren Chargen woanders – wodurch sich am weltweiten CO₂-Ausstoß kaum etwas ändert, es aber trotzdem teurer für europäische Käufer wird. Am stärksten von Wettbewerbsverlusten betroffen sind laut Modellrechnungen Russland, Indien und die Türkei. China kann die Verluste bisher besser abfedern, unter anderem weil es selbst ein Emissionshandelssystem hat.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Bundesnetzagentur: Bedarfsermittlung gesicherte Leistung bis 2035.
- Bundesregierung: StromVKG (10. Juli 2026), Kraftwerkssicherheitsgesetz.
- EU-Emissionshandel (ETS I): Preisdaten und Zertifikatsmengen 2026/2027.
- Europäische Kommission: CBAM-Verordnung, Produktumfang und Ausweitung ab 2028.

3. Die zweite Wirtschaftsmacht wird zum Problem: China

China ist seit 2025 wieder Deutschlands wichtigster Handelspartner insgesamt, mit einem Handelsvolumen von 251,8 Milliarden Euro. Schon seit 2015 ist China durchgehend das wichtigste Lieferland deutscher Importe: Aktuell kommen 81,8 % aller importierten Laptops, 66,3 % aller Smartphones, 64,1 % aller Lithium-Ionen-Akkus und 23,5 % aller Elektroautos aus China. Der deutsche Importüberschuss gegenüber China lag allein in den ersten fünf Monaten 2026 bei 42,8 Milliarden Euro – Deutschland ist in dieser Beziehung eindeutig der abhängigere Partner.

Diese Abhängigkeit ist kein theoretisches Risiko. Im April 2025 hatte China bereits Exportkontrollen für Seltene Erden eingeführt, als Reaktion auf amerikanische Zölle. Die Lieferungen kamen laut Handelsblatt zeitweise komplett zum Erliegen, bevor sie im Oktober 2025 für ein Jahr ausgesetzt wurden.

3.1 Die aktuelle Sanktionsspirale mit der EU

Am 23. Juli 2026 einigte sich die EU auf ihr 21. Sanktionspaket gegen Russland – mit weiteren Bankausschlüssen aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT und einer verschärften Liste von 51 Firmen und Organisationen, denen Unterstützung für Russlands Rüstungsindustrie vorgeworfen wird. 14 dieser 51 Firmen sitzen in China oder Hongkong. Nur einen Tag später, am 24. Juli, setzte Chinas Handelsministerium im Gegenzug 14 EU-Firmen auf eine eigene Exportkontrollliste – darunter der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall sowie die Mittelständler Sindlhauser Materials aus Kempten und Antraco Chemie aus Duisburg. Chinesische Firmen dürfen diesen 14 Unternehmen künftig keine für Industrie und Militär gleichermaßen nutzbaren Güter mehr liefern.

Dieses Muster – EU-Sanktion, chinesische Gegenmaßnahme, nächste EU-Reaktion – hat sich bereits beim vorherigen, 20. Sanktionspaket wiederholt. Ein Ausstiegsmechanismus aus dieser Eskalationsspirale ist bisher nicht erkennbar, solange die Russland-Sanktionen der EU fortlaufen.

Während Rheinmetall nach eigenen Angaben seine Lager bei Seltenen Erden für vier bis fünf Jahre gefüllt hat und deshalb kurzfristig kaum verwundbar ist, sind die Lieferketten und Lagerreserven kleinerer Zulieferer wie Sindlhauser Materials öffentlich nicht bekannt – genau dort liegt das eigentliche Risiko für plötzliche Produktionsausfälle.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Statistisches Bundesamt: Außenhandelsstatistik, Handelspartner-Ranking 2025/2026.
- Handelsblatt: China-Exportkontrollen Seltene Erden, April 2025/Okttober 2025.
- table.media, eurotopics.net: 21. EU-Sanktionspaket, 23. Juli 2026.
- Handelsblatt, Berliner Zeitung, Rhein-Zeitung: Chinesische Gegenmaßnahmen Rheinmetall u. a., 24. Juli 2026.

4. Was sollen deutsche Firmen in zehn Jahren eigentlich noch verkaufen?

Das ist die entscheidende Frage, die aus allen bisherigen Punkten zusammenläuft. Der deutsche Wohlstand der letzten Jahrzehnte beruhte im Kern auf drei Exportsäulen: Autos, Maschinen und Chemie. Alle drei stehen aktuell gleichzeitig unter Druck, aus unterschiedlichen, aber sich verstärkenden Gründen.

Autos: China hat bei Elektroautos die komplette Wertschöpfungskette selbst aufgebaut, von der Rohstoffverarbeitung bis zum Recycling, und exportiert heute selbst in großem Stil. Der frühere Kunde wird zum Konkurrenten auf den Weltmärkten, auf denen deutsche Autohersteller bisher verkauft haben.

Dieser Punkt verdient eine genauere Betrachtung, weil er den Kern des Problems zeigt: Die EU hat beschlossen, dass ab 2035 keine neuen Autos mit reinem Benzin- oder Dieselmotor mehr zugelassen werden dürfen. Diese Regel gilt rechtlich weiterhin, allerdings hat die EU-Kommission im Dezember 2025 eine Aufweichung vorgeschlagen – künftig sollen unter bestimmten Bedingungen auch Plug-in-Hybride, Range-Extender und mit klimaneutralen Kraftstoffen betriebene Fahrzeuge erlaubt bleiben. Eine endgültige Entscheidung wird für Herbst 2026 erwartet.

Unabhängig davon, wie diese Detailfrage ausgeht, bleibt die strukturelle Lage bestehen: Bei klassischen Verbrennungsmotoren waren deutsche Hersteller über Jahrzehnte weltweit führend. Bei Elektroautos waren sie es nie, und nach der vorliegenden Faktenlage ist nicht erkennbar, wie sich das ändern sollte. Der Vorsprung Chinas ist inzwischen zu groß, und er betrifft nicht nur das fertige Auto, sondern die gesamte Kette dahinter: Der chinesische Hersteller BYD baut nicht nur die Fahrzeuge, sondern auch die Batterien dafür selbst, und China verfügt über den Großteil der weltweiten Verarbeitungskapazität für Seltene Erden, die für Elektromotoren und Batterien benötigt werden. Deutschland verfügt über keine davon in nennenswertem Umfang. Das bedeutet: Selbst wenn ein deutscher Hersteller ein technisch gleichwertiges Elektroauto bauen könnte, bliebe er bei den entscheidenden Vorprodukten von genau dem Land abhängig, das gleichzeitig sein stärkster Konkurrent ist.

Maschinenbau: Deutschlands Stärke war hier Präzision und Ingenieurwissen. Aber China führt inzwischen bei 69 von 74 wichtigen Zukunftstechnologien in der Forschung – der Vorsprung, den deutsche Maschinen boten, schrumpft mit jedem Jahr, in dem sich diese Forschungsführerschaft in bessere chinesische Maschinen übersetzt.

Chemie: Diese Branche ist besonders energieintensiv – und genau hier treffen hohe Strompreise und der steigende CO₂-Preis am direktesten und am härtesten.

Hinzu kommt: Selbst der klassische deutsche Vorteil – hochqualifizierte, erfahrene Facharbeiter und Ingenieure – wird durch zwei parallele Entwicklungen entwertet. Erstens durch die in Kapitel 10 beschriebene Automatisierung, die komplexe Fertigung zunehmend auch ohne jahrzehntelange menschliche Erfahrung ermöglicht. Zweitens dadurch, dass genau diese erfahrene Generation in den nächsten Jahren in Rente geht, während der Nachwuchs mit schwächeren Grundkompetenzen nachkommt (siehe Kapitel 5).

Einordnung: Die ehrliche Antwort auf die Frage „Was verkaufen wir in zehn Jahren?“ lautet nach der vorliegenden Faktenlage: Es gibt keine der drei bisherigen Exportsäulen, die nicht unter Druck steht – während gleichzeitig ein früherer Kunde (China) sich in den direktesten Konkurrenten auf allen drei Feldern verwandelt. Das ist keine Prognose eines einzelnen Ereignisses, sondern die Summe mehrerer, jeweils für sich belegter Trends.

4.1 Ein konkretes Beispiel: BASF und Ludwigshafen

Am 26. März 2026 eröffnete BASF in Zhanjiang, Südchina, den mit rund 8,7 Milliarden Euro teuersten Einzelstandort der Firmengeschichte – vollständig mit erneuerbarem Strom betrieben, termingerecht und unter Budget fertiggestellt. Nach rund 100 Tagen Betrieb meldete der Konzern bereits fast zwei profitable Monate. Gleichzeitig muss das Stammwerk Ludwigshafen bis Ende 2026 jährlich 2,3 Milliarden Euro einsparen, wovon rund 1,9 Milliarden bereits erreicht sind; die Belegschaft schrumpfte von 33.370 (Ende 2024) auf rund 30.000 Vollzeitstellen, Teile von IT, Finanzen und Personal wurden ins indische Hyderabad verlagert.

BASF-Chef Markus Kamieth betont, dies sei keine Verlagerung: Man produziere in China für China, nicht für den Export nach Europa, und investiere weiterhin mindestens 1,5 Milliarden Euro jährlich in Ludwigshafen, mit Zusage keiner betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2028. Kritiker verweisen dagegen darauf, dass sich BASF nach kostspieligen Abschreibungen in Russland durch den Ukraine-Krieg erneut in erhebliche Abhängigkeit von einem autoritär regierten Staat begibt – China steht für rund die Hälfte des weltweiten Chemiemarkts und

soll laut BASF bis 2035 rund 80 % des weltweiten Branchenwachstums ausmachen.

Einordnung: Beide Perspektiven – Unternehmensdarstellung und kritische Einordnung – sind hier bewusst nebeneinandergestellt, weil sich die tatsächliche langfristige Entwicklung erst noch zeigen muss.

4.2 Wem gehören die großen deutschen Konzerne eigentlich noch?

Ein oft übersehener Punkt: Die meisten großen, börsennotierten deutschen Konzerne (DAX-Unternehmen) gehören nicht mehr überwiegend deutschen Eigentümern. Große internationale Vermögensverwalter wie BlackRock, Vanguard und State Street zählen bei den meisten DAX-Konzernen zu den größten Einzelaktionären. Diese Investoren entscheiden nicht das Tagesgeschäft, haben aber über Hauptversammlungen und Kapitalmarkterwartungen erheblichen Einfluss darauf, wo ein Konzern investiert und wo er spart – in der Regel dort, wo die Rendite am höchsten ist, unabhängig vom Standort. Das erklärt einen Teil der in diesem Papier beschriebenen Verlagerungsbewegungen: Ein Konzern mit international breit gestreuten Eigentümern hat strukturell weniger Bindung an einen bestimmten Produktionsstandort als ein familiengeführtes Unternehmen.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Greenpeace, Wikipedia, ADAC, EU-Rat: EU-Verbrennerverbot 2035, Aufweichungsvorschlag Dezember 2025, Stand Juni 2026.
- BASF SE: Pressemitteilung Zhanjiang, 26. März 2026; ZDFheute, t-online, dpa-AFX: Berichterstattung BASF Zhanjiang/Ludwigshafen, März–Juli 2026.

5. Bildung: Die nächste Generation kommt schwächer nach

China bildet jedes Jahr mehr als fünf Millionen Absolventen in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern aus. In Deutschland zeigt sich die gegenteilige Entwicklung: Die PISA-Studie 2022 lieferte die niedrigsten jemals für Deutschland gemessenen Ergebnisse in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften. Der IQB-Bildungstrend 2024 bestätigte diese Verschlechterung: Rund 34 % der Neuntklässler erreichen nicht einmal den Mindeststandard in Mathematik für den mittleren Schulabschluss.

Ein Teil dieser Entwicklung hängt mit der veränderten Schülerschaft zusammen: Der Anteil 15-jähriger Schüler mit Zuwanderungshintergrund stieg von 13 % (2012) auf 26 % (2022), 63 % von ihnen sprechen zu Hause überwiegend eine andere Sprache als die Unterrichtssprache. Im Schnitt liegen diese Schüler 59 Punkte hinter dem Durchschnitt in Mathematik und 67 Punkte im Lesen zurück; selbst wenn man die soziale Ausgangslage herausrechnet, bleibt ein Rückstand von 32 beziehungsweise 40 Punkten.

Quellen zu diesem Abschnitt

- PISA-Studie 2022 (OECD); IQB-Bildungstrend 2024.

6. Fachkräfte: schon heute knapp, bald noch knapper

Die Bundesagentur für Arbeit stellte für 2026 in 157 Berufsgattungen einen Engpass fest, in

weiteren 161 Berufen eine Beobachtung wachsender Knappheit – zusammen 391.000 offene Stellen, davon 109.000 allein im IT-Bereich. Gleichzeitig gibt es weiterhin Arbeitslosigkeit. Das ist kein Widerspruch: Die Lücke ist eine qualitative, keine reine Mengenlücke – die verfügbaren Arbeitskräfte passen oft fachlich nicht zu den offenen Stellen.

Bis 2030 gehen zusätzlich die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre in Rente – genau die Generation mit dem größten praktischen, oft nicht dokumentierten Erfahrungswissen in Industrie, Energie und Bau. Das IAB rechnet bis 2035 mit einem demografisch bedingten Rückgang der Erwerbspersonen um rund 7 Millionen.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Bundesagentur für Arbeit: Fachkräfteengpassanalyse 2025/2026.
- IAB: Prognose Rückgang Erwerbspersonen bis 2035.

7. Wohin der Staat unser Geld tatsächlich lenkt

Die 170. Steuerschätzung vom Mai 2026 zeigt bereits ein Loch in der Staatskasse: 17,8 Milliarden Euro weniger Einnahmen für 2026 allein wegen der aktuellen Kriegsfolgen, kumuliert bis 2030 rund 87,5 Milliarden Euro. Für 2027 sind Gesamtausgaben von 543,3 Milliarden Euro geplant, finanziert unter anderem durch 110,8 Milliarden Euro neue Schulden – Schulden, die von den Steuerzahlern von heute und morgen zurückgetragen werden. Die deutsche Schuldenquote lag 2025 bei rund 63 % der Wirtschaftsleistung, mit steigender Tendenz.

Bereich	2025	2026	Entwicklung
Verteidigung gesamt	86,5 Mrd. €	108,2 Mrd. €	steigt auf 152 Mrd. € bis 2029
Straßen und Schienen (Kernhaushalt)	23,72 Mrd. €	13,73 Mrd. €	sinkt deutlich
Digitale Zukunftsprojekte	91,35 Mio. €	58,79 Mio. €	fast halbiert
Zuschuss zur Rentenkasse	–	rd. 138 Mrd. €	größter Einzelposten, steigt strukturell

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, 170. Steuerschätzung Mai 2026; Bundeshaushalt 2026/2027; Deutscher Bundestag, Haushaltsdaten Verteidigung, Verkehr, Digitales 2025/2026.

Der Verteidigungsetat verdreifacht sich zwischen 2023 und 2029 – finanziert aus Steuergeldern und neuen Schulden, also letztlich von den Bürgern, nicht von einer abstrakten Staatskasse. Das ifo-Institut kritisierte im September 2025, dass reguläre Investitionsprojekte aus dem normalen Haushalt in Sondervermögen verschoben werden, um formal die Schuldenbremse einzuhalten – die tatsächliche Gesamtverschuldung wächst dabei unverändert weiter. Kommunen, die einen Großteil der Bildungsfinanzierung tragen, verzeichneten 2025 laut Statistischem Bundesamt ein Rekorddefizit.

GfKb-Ergänzung (externe Prüfung): Unsere externe Prüfung bestätigt Ausgaben von 543,3 Mrd. € für 2027 im Kernhaushalt sowie 110,8 Mrd. € Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt (Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts, 29. April 2026). Wichtig zur Einordnung: Rechnet man die zusätzliche Kreditaufnahme aus den Sondervermögen (u. a.

Infrastruktur, Klimaneutralität, Bundeswehr) hinzu, kommen mehrere Medien für 2027 auf eine Gesamtneuverschuldung von rund 196 bis 200 Mrd. € – ein Beleg dafür, dass die im ifo-Zitat kritisierte Verlagerung von Ausgaben in Sondervermögen die tatsächliche Schuldenlast optisch kleiner erscheinen lässt, als sie ist.

7.1 Warum die Abgabenlast für Arbeitnehmer weiter steigen muss

Die deutsche Rentenversicherung ist ein Umlagesystem: Die Beiträge der heute arbeitenden Generation finanzieren direkt die Renten der heute im Ruhestand befindlichen Generation – es wird kein eigenes Kapital für die eigene spätere Rente angespart. Das funktioniert gut, solange auf einen Rentner mehrere Beitragszahler kommen. Genau dieses Verhältnis verschiebt sich aber, wie in Kapitel 6 gezeigt: Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Rente, während gleichzeitig weniger und demografisch bedingt bis 2035 rund 7 Millionen weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen.

Das hat eine mathematisch zwingende Folge: Wenn die Zahl der Beitragszahler pro Rentner sinkt, muss entweder der Beitragssatz für die verbleibenden Arbeitnehmer steigen, oder das Rentenniveau (die Höhe der einzelnen Rente im Verhältnis zum letzten Einkommen) sinkt, oder beides gleichzeitig – eine dritte Möglichkeit gibt es in einem Umlagesystem nicht, außer der Staat schießt noch mehr Steuergeld zu, was er bereits mit dem größten Einzelposten im Haushalt (138 Milliarden Euro) tut und was wiederum an anderer Stelle fehlt (siehe Kapitel 2, 5 und 6).

Einordnung: Wichtig für ein korrektes Verständnis: Die Rentenzahlung selbst ist gesetzlich zugesagt und in diesem Sinn sicher – der Staat hat bisher immer gezahlt und wird aller Voraussicht nach weiter zahlen. Nicht gesichert ist dagegen die Höhe: Wie viel eine Rente tatsächlich wert ist und was man sich davon kaufen kann, hängt vom Rentenniveau und von der Inflation ab (siehe Kapitel 12) – und beide Stellschrauben stehen nach der hier beschriebenen demografischen und fiskalischen Lage unter Druck. Für die arbeitende Generation bedeutet das konkret: Die Abgabenlast wird nach dieser Mechanik eher steigen als sinken, solange sich an der Zahl der Beitragszahler pro Rentner nichts ändert.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Bundesministerium der Finanzen: 170. Steuerschätzung Mai 2026, Bundeshaushalt 2026/2027.
- Deutscher Bundestag: Haushaltsdaten Verteidigung, Verkehr, Digitales 2025/2026.
- ifo-Institut: Kritik an Sondervermögen-Verschiebungen, September 2025.

8. Zuwanderung und die Sozialsysteme: die Zahlen ohne Beschönigung

Die Quote der Menschen, die auf Grundsicherung (Bürgergeld) angewiesen sind, lag 2025 bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit bei 4,6 %, bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei 19,0 % – fast viermal so hoch. Wichtig für ein genaues Bild: Diese Gruppe ist nicht einheitlich. EU-Bürger liegen mit 8,9 % Bürgergeld-Quote nahe am Bevölkerungsdurchschnitt; das Gefälle wird überwiegend von außereuropäischen Herkunftsruppen getragen, besonders von Fluchtmigration.

Dazu kommt ein zeitlicher Effekt: Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung (IAB) sind etwa fünf Jahre nach Ankunft rund 50 % der Geflüchteten in Arbeit, gegenüber einer allgemeinen Erwerbstätigenquote von rund 70 %. Selbst nach 15 Jahren wird diese allgemeine Quote häufig nicht erreicht. Eine genaue Gesamtbilanz, was Zuwanderung den Staat unter dem Strich kostet oder einbringt, ist in der Forschung (IAB, OECD, ifo) je nach Berechnungsmethode uneinheitlich – eine einzelne, eindeutige Zahl dazu gibt es nicht seriös.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Sozialpolitik-aktuell.de: SGB-II-Quoten nach Staatsangehörigkeit 2025.
- IAB: Zuwanderungsmonitor 2025.

9. Die aktuelle Weltlage: Ein Krieg an zwei Meerengen gleichzeitig

Seit Ende Juli 2026 sind gleichzeitig zwei der wichtigsten Wasserstraßen der Welt gestört. Die Straße von Hormus zwischen Iran und den USA: Der übliche Schiffsverkehr von 130 bis 140 Schiffen am Tag ist auf etwa 17 eingebrochen, an manchen Tagen auf nur 7. Die Meerenge Bab al-Mandab zwischen Jemen und Ostafrika, durch die laut Ifo-Institut normalerweise rund 10 % aller deutschen Importe liefern: Der Schiffsverkehr ist um rund 34 % eingebrochen, nachdem die jemenitische Huthi-Miliz eine Blockade gegen saudische Schiffe erklärt und am 23. Juli zwei Tanker angegriffen hat.

Der Ölpreis stieg dadurch von rund 70 Dollar Anfang Juli auf über 100 Dollar Ende Juli 2026 – ein Anstieg von über 40 % innerhalb von drei Wochen. Diese Entwicklung kann Deutschland nicht selbst beeinflussen, sie schlägt aber direkt auf Tankstellenpreise, Heizkosten und Produktionskosten durch.

Am 22. Juli 2026 unterzeichneten die USA und Saudi-Arabien zusätzlich ein ziviles Nuklearabkommen, dem laut Wall Street Journal das übliche internationale Kontrollinstrument (Zusatzprotokoll der Atomenergiebehörde) fehlt – ein Umstand, den Sicherheitsexperten als Risiko für ein atomares Wettrüsten in der Region einstufen. Deutschland selbst zog am 23./24. Juli seine für eine mögliche Minenräum-Mission vorausstationierten Schiffe wieder aus der Golfregion ab, ohne dass es je zu der geplanten Bundestagsabstimmung über einen Einsatz kam.

GfKb-Ergänzung (externe Prüfung): Der Ölpreisanstieg auf rund 100 US-Dollar am 23. Juli 2026 sowie der drastische Rückgang des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus ließen sich unabhängig über Euronews, watson.ch (Commerzbank-Rohstoffanalyse) und eine Statista-Auswertung auf Basis von IMF Port Watch bestätigen. Zum Prüfzeitpunkt (Anfang August 2026) deutete sich bereits eine leichte Erholung des Schiffsverkehrs und ein leicht sinkender Ölpreis an – ein Hinweis darauf, wie schnell sich diese Lage ändern kann.

Quellen zu diesem Abschnitt

- ZDFheute, CNN, euronews, t-online: Berichterstattung Golf-Krise, Juli 2026.
- Internationale Energieagentur: World Energy Investment 2025.

10. Computer und Roboter übernehmen Arbeitsplätze – in der Fabrik und im Büro

10.1 In der Fabrik: China zeigt, was bereits läuft

In China sind bereits heute Fabriken in Betrieb, die fast komplett ohne Menschen arbeiten. Eine Fabrik von Xiaomi produziert ein Smartphone pro Sekunde ohne einen einzigen Menschen in der Fertigungshalle. Foxconn hat in einem einzigen Werk in Kunshan 60.000 Arbeiter durch Roboter ersetzt. Eine Autofabrik der Marke Zeekr baut 300.000 Fahrzeuge im Jahr, ohne dass eine menschliche Hand das Auto während der Produktion berührt. Ein Textilwerk in Xinjiang betreibt 5.000 Webstühle vollautomatisch, rund um die Uhr. Und eine chinesische Fabrik produziert inzwischen alle 30 Minuten einen menschenähnlichen Roboter – hochgerechnet etwa 10.000 Stück im Jahr, nicht mehr als Testprojekt, sondern als Serienfertigung.

Die Zahlen dahinter zeigen das Ausmaß: 2015 kamen in China auf 10.000 Fabrikarbeiter etwa 49 Roboter, 2025 waren es über 400 – mehr als in Deutschland. Gleichzeitig sank die Zahl der Fabrikarbeiter in China von 115 Millionen (2013) auf unter 85 Millionen (2025), ein Rückgang von über 30 Millionen Arbeitsplätzen – während China gleichzeitig so viel exportierte wie nie zuvor. Es wird also deutlich mehr produziert, mit deutlich weniger Menschen. Einschränkend gilt: Nicht jede Fabrik ist bereits vollständig menschenleer, die meisten sind stark automatisiert, aber nicht zu 100 % ohne Personal – die Richtung des Trends ist aber eindeutig und durch Zahlen belegt.

10.2 Im Büro: Sachbearbeitung, Lohnbuchhaltung, Steuerberatung, Rechtsberatung

Hier stützt sich diese Einschätzung nicht auf Aussagen von Berufsverbänden, die ein eigenes Interesse daran haben, ihre Mitglieder zu beruhigen, sondern darauf, was Systeme künstlicher Intelligenz bereits heute nachweislich leisten können: Rechnungen und Formulare lesen, gegen Regeln prüfen, Fehler finden, Steuererklärungen und Vertragsentwürfe erstellen, mehrstufige Arbeitsabläufe selbstständig durchführen.

Am stärksten betroffen ist die klassische Sachbearbeitung und Lohnbuchhaltung – standardisierte, regelbasierte Arbeit wie Rechnungsprüfung, Kontenabstimmung und Dateneingabe. Bei Steuerberatern und Anwälten liegt die eigentliche Bremse nicht mehr bei der Aufgabe selbst, sondern bei der gesetzlichen Zulassung und persönlichen Haftung – nur zugelassene Personen dürfen rechtsverbindlich unterschreiben. Das bedeutet: Der Beruf als Titel bleibt bestehen, aber die Zahl der Mitarbeiter, die eine Kanzlei pro Fall tatsächlich braucht, sinkt bereits jetzt und wird weiter sinken.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass nur rund 5,5 % aller Jobs in wohlhabenden Ländern komplett automatisiert werden könnten – die meisten Berufe verändern sich, statt zu verschwinden. Die Unternehmensberatung McKinsey rechnet aber damit, dass in Deutschland bis 2030 rund 54 % aller erwarteten beruflichen Veränderungen genau auf Büro- und Verwaltungstätigkeiten entfallen – mit Abstand der größte Anteil aller Berufsgruppen. Das World Economic Forum geht davon aus, dass bis 2030 bis zu 70 % der reinen Büroaufgaben von selbstständig arbeitender KI übernommen werden könnten.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Bloomberg/International Federation of Robotics: Roboterdichte und Beschäftigung China 2015–2025.
- Presseberichte: Foxconn Kunshan, Xiaomi Changping, Zeekr, Xinjiang-Textilfabrik, humanoide Serienfertigung, April 2026.
- International Labour Organization (ILO): Automatisierungsrisiko Hoheinkommensländer.
- McKinsey Global Institute; World Economic Forum: Future of Jobs Report 2025.

11. Warum es keine schnelle politische Lösung geben kann

Das ist der entscheidende Teil dieses Papiers. Drei voneinander unabhängige Gründe zeigen, warum eine schnelle Verbesserung nach der vorliegenden Faktenlage nicht möglich ist – unabhängig davon, welche Partei regiert.

Grund 1: Deutschland kann nicht allein entscheiden

Deutschland hat seit 1999 keine eigene Währung mehr, der Euro wird gemeinsam mit 19 weiteren Ländern verwaltet. Deutschland ist außerdem Teil der Europäischen Union, die gemeinsame Regeln zu CO₂-Preisen, Klimaschutz und Handel setzt – der komplette CO₂-Preispfad und CBAM, beschrieben in Kapitel 2, sind EU-Recht, keine deutsche Entscheidung allein. Wesentliche Kurskorrekturen brauchen die Zustimmung anderer EU-Länder oder der EU insgesamt. Das dauert Jahre, nicht Monate.

Grund 2: Neue, verlässliche und günstige Energie braucht mindestens 15 Jahre – realistisch eher bis 2040

Die einzige Technik, die gleichzeitig verlässlich und günstig Strom liefern könnte, wäre neue Kernkraft. China baut ein Kernkraftwerk heute in etwa fünf bis sieben Jahren, weil dort seit Jahren am laufenden Band gebaut wird. Deutschland hat seit über zehn Jahren keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut – Fachleute, Zulieferindustrie und Genehmigungsverfahren müssten komplett neu aufgebaut werden. Die häufig genannten 15 Jahre sind dabei ein optimistischer Mindestwert, keine Obergrenze: Wie Kapitel 2 (Stuttgart 21, BER) zeigt, überschreiten deutsche Großprojekte ihre ursprünglichen Zeitpläne regelmäßig um Jahre. Ein realistischerer Zielkorridor liegt daher eher bei 2040 als bei den frühen 2030er Jahren. Diese Entscheidung ist aktuell politisch nicht einmal vorgesehen – die Uhr läuft also noch nicht einmal. Und selbst die aktuell geplanten Gaskraftwerke, wie in Kapitel 2 gezeigt, schließen die Versorgungslücke nur zu einem Bruchteil und lösen das Kostenproblem gar nicht.

Grund 3: Gut ausgebildete Fachkräfte brauchen mindestens 20 Jahre

Ein Kind, das heute eingeschult wird, ist erst in etwa 10 Jahren mit der Schule fertig, dann kommen mehrere Jahre Ausbildung oder Studium dazu, dann Jahre der Berufserfahrung, bis echtes, tiefes Fachwissen entsteht. Diese Zeit lässt sich nicht abkürzen. Selbst wenn sich die Schulen ab morgen sofort verbessern würden, wären die Auswirkungen erst in 20 Jahren voll spürbar – und die aktuellen Zahlen (Kapitel 5) zeigen eine Verschlechterung, keine Verbesserung.

Grund 4: Ausgebildete Fachkräfte allein reichen nicht – es fehlt an Innovationskraft

Dieser Punkt wird oft übersehen, ist aber genauso wichtig wie die reine Zahl an Fachkräften: Ein Land braucht nicht nur Menschen, die vorhandenes Wissen anwenden können, sondern auch die Fähigkeit und den unternehmerischen Willen, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, die auf den Weltmärkten tatsächlich nachgefragt werden. Ausbildung und Erfahrung sind dafür notwendig, aber nicht ausreichend. Die in Kapitel 1 gezeigte Technologie-Rangliste (China führt bei 69 von 74 Zukunftstechnologien in der Forschung) und die Schwäche bei Wagniskapital und Unternehmensskalierung deuten nach der vorliegenden Datenlage eher auf einen wachsenden als auf einen schrumpfenden Rückstand bei genau dieser Innovationskraft hin. Anders als bei der reinen Fachkräftezahl gibt es hierfür keinen klar bezifferbaren Zeithorizont – was diesen Punkt nicht weniger, sondern eher noch schwerer wiegend macht, weil sich der Erfolg nicht einfach herbeiplanen lässt.

Einordnung: Die zentrale Erkenntnis: Das Wettbewerbsproblem deutscher Firmen endet erst dann, wenn günstige, verlässliche Energie UND ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte gleichzeitig vorhanden sind. Energie allein reicht nicht ohne die Menschen, die die Maschinen bedienen. Fachkräfte allein reichen nicht, wenn der Strom für die Fabrik zu teuer bleibt. Beides braucht mindestens 15 bis 20 Jahre – und beides hat nach heutigem Stand noch nicht einmal richtig begonnen. Ob dann dazu die Innovationskraft kommt, die im Vorfeld beschrieben wurde, ist dann noch ein ganz anderes Thema.

12. Staatsschulden: Wie sie normalerweise zurückgezahlt werden – und was das für Ersparnisse bedeutet

Ob eine Staatsschuld auf Dauer tragbar ist, hängt nach anerkannter volkswirtschaftlicher Theorie vom Verhältnis zwischen dem Zins, den der Staat zahlt, und dem Wachstum der Wirtschaft ab. Es gibt dafür im Kern zwei Wege.

Weg 1, die gute Variante: Die Wirtschaft wächst so stark, dass der Staat mehr Steuern einnimmt und die Schulden dadurch leichter tragbar werden. Nach allem, was in diesem Papier beschrieben wurde – teure Energie, fehlende Fachkräfte, wachsender Rückstand gegenüber China und den USA, unter Druck stehende Exportindustrie – ist für diesen Weg aktuell keine belastbare Grundlage erkennbar.

Weg 2, die stille Variante: Das Geld wird über die Zeit weniger wert – Inflation. Ein Beispiel macht das greifbar: Wer heute 100 Euro auf dem Sparbuch hat und die Preise jedes Jahr um 3 bis 4 % steigen, kann sich in zehn Jahren für die gleichen 100 Euro deutlich weniger kaufen, obwohl auf dem Kontoauszug weiterhin „100 Euro“ steht. Der Staat profitiert davon, weil seine bestehenden Schulden dadurch real „kleiner“ werden.

Wenn Wachstum nach Weg 1 fehlt, bleibt praktisch nur der zweite, stille Weg übrig. Das trifft nicht jeden gleich: Laut einer Untersuchung der EU-Kommission liegen rund 70 % der Ersparnisse normaler Haushalte in Europa als einfaches Bankguthaben vor – genau diese Anlageform verliert durch Inflation am direktesten an Wert. Immobilien, Aktien und Unternehmensanteile, die eher bei vermögenderen Haushalten konzentriert sind, sind tendenziell besser geschützt, weil ihr Wert mit der Inflation eher mitsteigt.

12.1 Die aktuelle politische Debatte um Vermögen

Am 6. März 2026 beantragten die Fraktion Die Linke im Bundestag eine Vermögensteuer (1 % jährlich ab einer Million Euro Vermögen) und Bündnis 90/Die Grünen eine Reform der Erbschaftsteuer bei großen Betriebsvermögen. Die Union lehnt beides bisher ab. Eine Vermögensteuer wird in Deutschland seit einem Verfassungsgerichtsurteil von 1997 nicht erhoben, ist im Grundgesetz aber weiterhin vorgesehen. Ob eine solche Steuer kommt, hängt von künftigen Wahlen ab und lässt sich nicht seriös vorhersagen.

Zu einem oft falsch zitierten Satz: Der heutige Bundeskanzler Friedrich Merz sagte im Oktober 2024, damals noch als Kanzlerkandidat, man solle einen Teil der 2,8 Billionen Euro auf deutschen Spar- und Girokonten „mit einem vernünftigen Zinssatz mobilisieren“ – für öffentliche Infrastruktur. Gemeint war eine freiwillige, verzinsten Anlage, keine Zwangsabgabe; ein konkretes Gesetz dazu wurde nicht genannt und existiert bis heute nicht. Ein historischer Lastenausgleich fand 1952 tatsächlich statt (Abgabe von bis zu 50 % auf Vermögen zugunsten von Kriegsvertriebenen, real meist 10 bis 20 % durch lange Ratenzahlung) – ein neuer, beschlossener Lastenausgleich für 2026 existiert nach verfügbaren Quellen nicht.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Europäische Kommission: Spar- und Investitionsunion, 19. März 2025.
- Deutscher Bundestag: Vermögensteuer-Anträge, 6. März 2026.
- CSU-Parteitag, Rede Friedrich Merz, 12. Oktober 2024 (Wortlautdokumentation).
- Marc Buggeln: Das Versprechen der Gleichheit, Suhrkamp 2022 (historischer Lastenausgleich 1952).

13. Vermögensaufbau und Wohnkosten: Der Generationenvergleich

Die Elterngeneration konnte in vielen Fällen durch Erwerbsarbeit ein Haus erwerben, zwei Autos halten und regelmäßig in den Urlaub fahren. Ob das für die heutige Generation in vergleichbarer Weise gilt, lässt sich an konkreten Zahlen prüfen – mit einem differenzierteren Ergebnis, als das Gefühl „früher ging es leichter“ zunächst nahelegt.

13.1 Wohneigentum: eine echte, messbare Verschlechterung

Eine Studie des Kiel-Instituts für Weltwirtschaft (2026) zeigt: Die Hypothekenbelastung für eine typische Eigentumswohnung lag 1980 bei rund 22 % des verfügbaren Haushaltseinkommens. Seit den 2000er-Jahren steigen die Immobilienpreise systematisch schneller als die Einkommen. Deutschlands Wohneigentumsquote liegt inzwischen bei nur 47,3 % (2024) – das EU-weite Schlusslicht. Der soziale Wohnungsbau ist eingebrochen: von rund 4 Millionen Sozialwohnungen Ende der 1980er-Jahre auf etwa 1 Million Ende 2022. Ein einordnender Unterschied: Die Bauzinsen lagen in den 1980er/1990er-Jahren deutlich höher als heute (grob 7 bis 9 % gegenüber rund 3,26 % im Februar 2026) – „früher“ war der Kauf also nicht automatisch leicht, sondern auf andere Weise schwer. Der Unterschied ist: Damals stiegen die Immobilienpreise nicht schneller als die Löhne. Heute treffen eine bereits gestiegene Preisbasis und wieder gestiegene Zinsen zusammen – eine ungünstigere

Kombination als in beiden Einzeljahrzehnten zuvor.

13.2 Miete: die entscheidende Zahl ist die nach Einkommen, nicht der Durchschnitt

Der bundesweite Durchschnitt der Mietbelastung (27,9 % des Einkommens, 2022) verdeckt die eigentlich relevante Realität. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts zahlten Mieterhaushalte mit unter 1.500 Euro monatlichem Nettoeinkommen im Schnitt 44,7 % ihres Einkommens für die Miete – Haushalte mit 4.000 Euro oder mehr dagegen nur 15,9 %. Das betrifft unmittelbar Berufseinsteiger und Berufsgruppen mit tariflich geregeltem, mittlerem Einkommen: Eine examinierte Pflegekraft startet mit rund 2.800 bis 3.100 Euro brutto, netto grob 1.900 bis 2.100 Euro – eine Größenordnung, die fast genau in die Einkommensklasse mit der höchsten Mietbelastung fällt. Das gilt nicht nur in den klassischen Top-Ballungsräumen: Eine Analyse von immowelt (Juni 2026) zeigt, dass in 91 von 107 kreisfreien Städten die Mietbelastung über 25 % liegt, in 48 über 30 %. Weil Arbeitsplätze in ausreichender Zahl und Vielfalt überwiegend in Ballungsräumen existieren, ist ein Verweis auf günstige Mieten in strukturschwachen, dünn besiedelten Regionen für die tatsächliche Berufswahl vieler junger Menschen – etwa in Pflege, Handwerk oder als Berufseinsteiger nach Lehre oder Studium – keine reale Option.

Einordnung: Aus diesen Zahlen ergibt sich eine strukturelle Verwundbarkeit, die sich direkt ableiten lässt, ohne dass dafür eine eigene Studie nötig ist: Bei einer Mietbelastung von 30 bis 45 % des Einkommens bleibt praktisch keine Reserve. Fällt ein Einkommen in einem Haushalt weg – durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Trennung oder einen Pflegefall in der Familie – kippt die Rechnung sehr schnell von „gerade tragbar“ zu „nicht mehr tragbar“. Wo früher ein Einkommen für einen angemessenen Lebensstandard oft ausreichte, ist heute in vielen Fällen die Erwerbstätigkeit beider Partner die Voraussetzung dafür – eine Planungsgröße, keine Lifestyle-Frage.

13.3 Altersarmut: kein Zukunftsrisiko, sondern bereits messbarer Trend

Rund 739.000 bis 755.000 Menschen bezogen 2024/2025 Grundsicherung im Alter – der achte Höchststand in Folge. 19,4 bis 19,6 % aller Menschen ab 65 Jahren gelten als armutsgefährdet (Frauen 21,4 %, Männer 17 %; der Gender Pension Gap lag 2025 bei rund 24,2 %). Fast jeder vierte Rentner mit mindestens 45 Beitragsjahren erhielt Ende 2024 eine gesetzliche Rente unter 1.300 Euro. Eine Projektion der Bertelsmann Stiftung rechnet mit einem Anstieg des Altersarmutsrisikos unter künftigen Rentnern von 16 % (2015) auf 20 % (2036). Am 23. Juni 2026 stellte die von der Bundesregierung eingesetzte Alterssicherungs- und Rentenkommission ihre Ergebnisse vor. Das bestätigt die in Kapitel 7 beschriebene Umlagesystem-Mechanik mit aktuellen Zahlen: Die Rentenzahlung an sich ist gesichert, ihre auskömmliche Höhe nach einem vollen Erwerbsleben ist es nicht.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Amaral/Staratschek/Zdrzalek/Zetzmann, Kiel Institut für Weltwirtschaft: „Wenn Preise den Einkommen davonlaufen – Zugang zu Wohneigentum in Deutschland“, Wirtschaftsdienst 2026.
- Statistisches Bundesamt/Statista: Mietbelastungsquote nach Haushaltsnettoeinkommen 2022; IW Köln: Wohneigentumsquote 2024; Bundesbank: Bauzinsen Februar 2026.
- immowelt: Mietbelastungs-Analyse 107 kreisfreie Städte, Juni 2026.
- Statistisches Bundesamt/Bertelsmann Stiftung: Grundsicherung im Alter,

Armutsgefährdungsquote 65+, Entwicklung der Altersarmut bis 2036; Alterssicherungs- und Rentenkommission, Ergebnisse 23. Juni 2026.

- DIW Berlin: Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung im Alter.

14. Was noch für Deutschland spricht

Eine ehrliche Bestandsaufnahme darf vorhandene Stärken nicht verschweigen. Deutschland besitzt weiterhin: international erfolgreiche Industrieunternehmen; hochwertige Spezialisten in Maschinenbau, Automatisierung, Optik, Medizintechnik und Spezialchemie; anwendungsnahe Forschungsinstitute; eine grundsätzlich leistungsfähige duale Ausbildung, wo Bewerber und Ausbilder vorhanden sind; Rechtssicherheit und Zugang zum europäischen Binnenmarkt; einen großen Kapitalstock und private Vermögen; erfahrene Ingenieure, Meister, Techniker und Facharbeiter – noch. Diese Stärken sinken jedoch rapide, wie in diesem Papier gezeigt.

15. Das EU-Verbrenner-Aus: Konkrete Folgen für die Stromversorgung

Ab 2035 dürfen in der EU planmäßig keine neuen Autos mit reinem Benzin- oder Dieselmotor mehr zugelassen werden (siehe Kapitel 4). Unabhängig davon, ob die im Dezember 2025 vorgeschlagene Aufweichung (Ausnahmen für Plug-in-Hybride, Range-Extender und klimaneutrale Kraftstoffe) final beschlossen wird: Der weit überwiegende Teil des deutschen Fahrzeugbestands wird in den 2030er Jahren elektrisch angetrieben werden müssen. Das bedeutet einen zusätzlichen Strombedarf, der genau in die Jahre fällt, in denen laut Kapitel 2 bereits eine ungedeckte Lücke bei der gesicherten Kraftwerksleistung besteht.

15.1 Wie viel zusätzlichen Strom braucht die Verkehrswende?

Das Fraunhofer-Institut beziffert den Stromverbrauch der Elektromobilität (Pkw und Lkw zusammen) für 2030 auf rund 130 Terawattstunden, für 2035 bereits auf rund 260 Terawattstunden. Das Bundeswirtschaftsministerium geht entsprechend von einem steigenden Gesamtstrombedarf aus – von rund 580 Terawattstunden auf 645 bis 665 Terawattstunden bis 2030. Dieser zusätzliche Bedarf muss nicht nur irgendwann im Jahresverlauf erzeugt, sondern zu den Zeiten bereitgestellt werden, in denen tatsächlich geladen wird – und genau hier setzt das Problem der gesicherten Leistung an, das in Kapitel 2 beschrieben wurde.

15.2 Die Kapazitätslücke wird durch die Verkehrswende nicht kleiner, sondern größer

Eine Analyse von McKinsey („Zukunftspfad Stromversorgung“) kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland Kapazitätslücken von bis zu 30 Gigawatt entstehen können – mit der Folge, dass die heimische Nachfrage in über 100 Stunden pro Jahr nicht aus eigener Erzeugung gedeckt werden könnte und auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen wäre. Das deckt sich mit der in Kapitel 2 genannten Zahl der Bundesnetzagentur (22 bis 35 Gigawatt Bedarf

bis 2035, aber nur rund 11 Gigawatt geplante neue Leistung). Diese Berechnungen der Bundesnetzagentur berücksichtigen die zusätzliche Nachfrage durch Millionen neuer Elektroautos bereits als Teil des Bedarfs – die Elektromobilität ist also keine separate, zusätzliche Belastung obendrauf, sondern bereits eingerechneter Bestandteil der ohnehin schon ungedeckten Lücke.

Auf die Übertragungsnetze kommen dafür laut McKinsey-Berechnung Investitionen von bis zu 25 Milliarden Euro jährlich bis 2037 zu – das Sechsfache dessen, was die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber 2018 investiert haben. Bei den regionalen Verteilnetzen, die den Strom bis zur einzelnen Wallbox in Wohngebieten bringen, kalkulieren die Netzbetreiber mit rund 12 Milliarden Euro jährlich bis 2033 – wobei die veröffentlichten Ausbaupläne nach eigenen Angaben nur etwa 70 bis 80 % der Nieder- und Mittelspannungsnetze abdecken. Für den Rest gibt es bisher keine veröffentlichte Planung.

15.3 Die andere Seite: Warum es nicht zwangsläufig zum Blackout kommt

Zur Fairness gehört auch die optimistischere Einschätzung, die in Fachkreisen ebenfalls vertreten wird: Da die meisten Elektroautos nachts oder über mehrere Stunden geladen werden und nicht alle Fahrzeuge gleichzeitig am Netz hängen, fällt die tatsächliche Spitzenlast in Pilotprojekten deutlich niedriger aus als befürchtet – in Modellversuchen in Baden-Württemberg luden nie mehr als 88 % der angeschlossenen Fahrzeuge gleichzeitig, im Mittel etwa die Hälfte. Mit intelligenter Steuerung (Ladezeiten an Netzkapazität angepasst) ließen sich nach dieser Einschätzung bis zu fünfmal so viele Elektroautos an ein bestehendes lokales Netz anschließen, ohne es zu überlasten.

Der entscheidende Vorbehalt bei dieser optimistischen Einschätzung: Sie setzt voraus, dass die genannten Milliardeninvestitionen in intelligente Netze, Übertragungsleitungen und Verteilnetze tatsächlich im nötigen Tempo umgesetzt werden. Genau das ist nach der in Kapitel 2 dokumentierten Erfahrung mit deutschen Großprojekten (Stuttgart 21, BER) keine sichere Annahme, sondern selbst wieder ein Risiko. Und selbst im günstigen Fall bleibt die in Kapitel 2 beschriebene Grundlücke bestehen: Mehr Fahrzeuge am Netz lösen nicht das Problem, dass schlicht zu wenig gesicherte Erzeugungsleistung existiert, wenn weder die Sonne scheint noch der Wind weht – sie verschärfen es tendenziell, weil sie einen zusätzlichen, verlässlich vorhandenen Bedarf schaffen, der ebenfalls gedeckt werden muss.

15.4 Wer bezahlt das eigentlich – und wofür fehlt das Geld dann?

Diese Milliardenbeträge tauchen in Berichten oft als abstrakte Größe auf, so als würde irgendein anonymer Staatshaushalt sie aufbringen. Tatsächlich funktioniert das anders: Netzausbaukosten werden über die Netzentgelte auf jede Stromrechnung umgelegt – sie zahlen die Bürgerinnen und Bürger direkt und unmittelbar, nicht der Staat aus einem Sondertopf. Nach der bereits zitierten McKinsey-Berechnung könnte der reale Haushaltsstrompreis dadurch von rund 40 Cent auf 47 bis 49 Cent pro Kilowattstunde steigen, ein Anstieg von 18 bis 23 %, überwiegend verursacht durch genau diese zusätzlichen Netzentgelte und Umlagen. Wo der Ausbau nicht über die Stromrechnung, sondern über Förderprogramme und direkte Zuschüsse finanziert wird, kommt das Geld aus Steuern – ebenfalls von den Bürgern, nur über einen anderen Weg eingesammelt.

Einordnung: Das ist derselbe Mechanismus, der bereits in Kapitel 7 beschrieben wurde: Es ist

unser Geld, ob es nun als Netzentgelt auf der Stromrechnung, als Steuer oder als Sozialabgabe erhoben wird. Und jeder Euro, der in den Ausbau der Netze für die Verkehrswende fließt, steht an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung – etwa für die in Kapitel 11 als vierter Grund benannte fehlende Innovationskraft, für neue Kernkraft (Kapitel 11, Grund 2) oder für Bildung (Kapitel 5). Der Punkt, der diese Rechnung besonders unangenehm macht: Die Fahrzeuge, die von diesem mit deutschem Bürgergeld finanzierten Netzausbau profitieren, werden in wachsendem Umfang nicht in Deutschland gebaut. Wie in Kapitel 4 gezeigt, hat China bei Elektroautos die komplette Wertschöpfungskette – Fahrzeug, Batterie, Seltene Erden – selbst aufgebaut, während deutsche Hersteller bei E-Mobilität nie führend waren. Es bezahlen also deutsche Bürger über Netzentgelte und Steuern die Infrastruktur für eine Antriebswende, deren wertschöpfungsstärkste Bestandteile überwiegend im Ausland liegen – während für die eigene Innovationskraft, die diesen Rückstand aufholen könnte, gerade das Geld fehlt, das stattdessen in Netzausbau, Militär und Rentenzuschuss fließt.

Zusammengefasst: Das Verbrenner-Aus verlangt von Deutschland eine Verkehrswende genau in dem Jahrzehnt, in dem die Bundesnetzagentur selbst eine gesicherte Leistungslücke von bis zu 35 Gigawatt einräumt und in dem die aktuell geplanten Ersatzkraftwerke frühestens ab 2035 überhaupt ans Netz gehen. Ob diese Doppelbelastung zu tatsächlichen Versorgungsengpässen führt oder durch intelligente Steuerung und rechtzeitigen Netzausbau abgefedert werden kann, ist nach der vorliegenden Datenlage nicht sicher vorhersagbar – beide Ausgänge sind mit den hier genannten Quellen belegt vertretbar. Sicher ist nur: Ein zusätzliches, unkalkuliertes Risiko obendrauf auf eine bereits bestehende Lücke ist es in jedem Fall.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Fraunhofer-Institut: Strombedarf Elektromobilität 2030/2035; Bundesministerium für Wirtschaft: Prognose Gesamtstrombedarf 2030.
- McKinsey: Zukunftspfad Stromversorgung (Januar 2024) und Zukunftspfad Stromnachfrage (Januar 2025) – Kapazitätslücken, Netzausbaukosten, Strompreiseffekt.
- Vattenfall, enviam, Bundesumweltministerium: Ladeverhalten, Gleichzeitigkeitsfaktor und intelligente Netzsteuerung bei Elektroautos.

16. Was das für einen 17-Jährigen bedeutet

- Er wird wahrscheinlich lange mit teurem Strom leben – mindestens bis in die frühen 2040er Jahre, eher länger, und selbst dann ohne vollständige Versorgungssicherheit.
- Er zahlt über Steuern und Sozialabgaben mit an der Rente der älteren Generation – schon heute der größte Posten im Staatshaushalt.
- Wenn er in einem Beruf mit vielen sich wiederholenden Aufgaben arbeitet, ist sein Job stärker durch Digitalisierung gefährdet als in einem technischen oder handwerklichen Beruf, wo gleichzeitig echter Mangel herrscht.
- Er tritt in einen Arbeitsmarkt ein, dessen bisherige Exportstärken – Auto, Maschinenbau, Chemie – alle gleichzeitig unter Druck stehen, während der frühere Kunde China zum direkten Konkurrenten wird.
- Wenn er spart, sollte er wissen: Geld auf dem Sparbuch verliert über die Jahre eher an Wert, wenn die hier beschriebene Lage anhält.

17. Was das für einen Rentenempfänger bedeutet

- Die Rentenzahlung selbst ist gesetzlich abgesichert und wird mit einem großen, wachsenden Staatszuschuss finanziert.
- Was sich diese Rente tatsächlich kaufen lässt, hängt aber von der Inflation ab – steigen die Preise schneller als die Rente, sinkt die Kaufkraft trotz gleichbleibender Zahlung.
- Erspartes auf dem Sparbuch verliert nach der hier beschriebenen Rechnung über die Zeit an Wert – eine einfache Folge aus hohen Staatsschulden und fehlendem Wirtschaftswachstum, keine Panikmache.

18. Denkanstöße statt Anlageberatung: Was jeder Einzelne bedenken kann

Dieses Kapitel enthält bewusst keine Anlage- oder Vorsorgeempfehlungen und ersetzt keine individuelle Beratung. Es leitet lediglich Denkanstöße direkt aus den in diesem Papier belegten Fakten ab – mit gesundem Menschenverstand, nicht mit Produktempfehlungen.

18.1 Für junge Menschen am Anfang des Berufslebens

- Berufswahl mit Blick auf die belegten Trends: Aus Kapitel 6 und 10 wissen wir, dass 157 Berufe schon heute als Engpassberuf gelten, während Bürotätigkeiten mit hohem Routineanteil am stärksten von Automatisierung betroffen sind. Ein Beruf mit praktischem Können, direktem Kundenkontakt oder komplexer, nicht standardisierbarer Problemlösung ist nach der vorliegenden Datenlage widerstandsfähiger.
- Finanzielle Reserve vor größeren Verpflichtungen: Aus Kapitel 13 wissen wir, dass bei geringerem Einkommen oft kaum finanzieller Spielraum bleibt. Das spricht dafür, größere Fixkosten (teure Miete, Kredit, Familienplanung auf Basis nur eines Einkommens) erst einzugehen, wenn ein Puffer für mehrere Monate ohne Einkommen besteht.
- Zwei Einkommen im Haushalt als Realität einplanen, nicht als Ideal: Wenn ein einzelnes Einkommen vielerorts nicht mehr für einen angemessenen Lebensstandard reicht, ist das eine Planungsgröße für Partnerschaft, Berufswahl beider Partner und Kinderbetreuung.
- Die Wirkung von Inflation auf Ersparnis verstehen (Kapitel 12), bevor das erste Gehalt kommt – als Grundverständnis, nicht als Empfehlung für ein bestimmtes Produkt.
- Sprachkenntnisse und internationale Berufserfahrung als Option offenhalten: Da mehrere der beschriebenen Probleme (Energie, Fachkräfte, Innovationskraft) mindestens 15 bis 20 Jahre bestehen bleiben, kann zusätzliche Handlungsfähigkeit sinnvoll sein – nicht als Aufforderung zur Auswanderung, sondern als Option.

18.2 Für Menschen kurz vor dem Renteneintritt

- Die eigene, tatsächliche Rentenhöhe genau kennen, nicht schätzen: Über die jährliche

Renteninformation oder eine detaillierte Rentenauskunft der Deutschen

Rentenversicherung. Aus Kapitel 13 wissen wir, dass fast jeder vierte Rentner mit 45 Beitragsjahren unter 1.300 Euro erhält – genau zu wissen, wo man selbst steht, ist die Grundlage jeder weiteren Überlegung.

- Ansprüche auf ergänzende Leistungen aktiv prüfen: Rund 60 % der Berechtigten nehmen laut einer DIW-Untersuchung ihren Anspruch auf Grundsicherung im Alter nicht wahr, oft aus Scham. Das Gleiche gilt für Wohngeld. Wer Anspruch hat, sollte ihn nutzen.
- Wohneigentum differenziert betrachten, nicht pauschal als Sicherheit: Eigentum verschiebt Risiken, statt sie zu beseitigen – von steigender Miete hin zu gesetzlichen Sanierungspflichten (Gebäudeenergiegesetz/Gebäudemodernisierungsgesetz, Bußgelder bis 50.000 Euro bei Nichtnachrüstung nach Eigentümerwechsel), Wertverlusten bei fehlender energetischer Nachrüstung und einer Grundsteuer, die unabhängig vom tatsächlichen Renteneinkommen jedes Jahr in bar fällig wird. Besitz bedeutet nicht automatisch Liquidität – das gilt es realistisch einzupreisen, statt es zu unterstellen.
- Unabhängige, nicht provisionsgetriebene Beratung suchen, etwa bei einer Verbraucherzentrale – insbesondere zur Frage, wie sich Inflation (Kapitel 12) konkret auf die eigenen Ersparnisse auswirkt, ohne dass hier eine bestimmte Anlageentscheidung empfohlen wird.
- Das Pflegefall-Risiko frühzeitig mitdenken: Sich informieren, was die gesetzliche Pflegeversicherung tatsächlich abdeckt und was nicht – bevor ein Pflegefall eintritt und keine Zeit mehr für Planung bleibt.

Quellen zu diesem Abschnitt

- Gebäudeenergiegesetz/Gebäudemodernisierungsgesetz: Sanierungspflichten bei Eigentümerwechsel, Bußgelder, Wertermittlungsrelevanz, Stand Juli 2026.

19. Warum wird das selten zusammenhängend diskutiert?

Eine berechtigte Frage zum Schluss: Warum tauchen diese sechs bis acht Trends selten gemeinsam auf – weder in etablierten noch in alternativen Medien? Zur Genauigkeit gehört zunächst eine Korrektur der Prämisse: Die einzelnen Fäden werden durchaus behandelt. Fachkräftemangel, Rentenniveau und Altersarmut, Energiepreise, das Verbrenner-Aus, EU-China-Spannungen – all das ist immer wieder Thema. Was fehlt, ist nicht die Einzelmeldung, sondern die Synthese über mehrere Themenfelder und Jahrzehnte hinweg.

Dafür lassen sich drei strukturelle, belegbare Gründe benennen, ohne dass es einer Verschwörungsannahme bedarf:

- Ressort-Silos: Energie-, Bildungs-, Außen- und Wirtschaftsjournalismus sind in den meisten Redaktionen getrennte Zuständigkeiten. Eine Synthese über sechs Themenfelder hinweg passt in kein einzelnes Ressort.
- Der Nachrichtenzyklus belohnt das Tagesereignis, nicht den langsamen Trend: Ein Tankerangriff ist eine Meldung, eine zweijährige Verzögerung beim Kraftwerksausbau ist keine – obwohl Letzteres langfristig folgenreicher sein kann. Das ist ein bekanntes Strukturmerkmal von Nachrichtenmedien allgemein.

- Schuldzuweisungs-Narrative sind erzählerisch attraktiver als Diffusions-Narrative: Eine Geschichte mit einem klaren Verantwortlichen lässt sich leichter erzählen als ein diffuser, multikausaler Befund, an dem mehrere Jahrzehnte und mehrere Politikfelder gleichzeitig beteiligt sind. Das betrifft strukturell beide Enden des publizistischen Spektrums.

Einordnung: Eine naheliegende, aber als Interpretation zu kennzeichnende Ergänzung betrifft die Politik selbst: Demokratische Wahlzyklen umfassen in Deutschland vier Jahre, während die in diesem Papier beschriebenen Probleme Zeithorizonte von 15 bis 20 Jahren haben. Es liegt nahe, dass mehrjährige Strukturprobleme im politischen Wettbewerb systematisch benachteiligt sind gegenüber Themen, die kurzfristig lösbar wirken – unabhängig davon, welche Partei gerade regiert. Das ist eine plausible Erklärung (I), kein belegter Fakt, und sie kommt ohne die Annahme aus, dass Medien oder politische Verantwortliche absichtlich etwas verschweigen oder dass eine fremde Macht gezielt auf eine Schwächung Europas hinarbeitet – für beide weitergehenden Behauptungen liegt uns kein belastbarer Beleg vor, weshalb wir sie hier bewusst nicht vertreten.

Zusammenfassung: Die wichtigsten Punkte auf einen Blick

- Strom bleibt in Deutschland mindestens bis in die 2040er Jahre teuer, und selbst die geplanten neuen Kraftwerke schließen die Versorgungslücke nur zu einem Bruchteil (11 von benötigten 22 bis 35 Gigawatt).
- Der CO2-Preis und der neue Grenzausgleich CBAM lassen die Kosten für die Industrie unabhängig vom Kriegsverlauf weiter steigen.
- China ist gleichzeitig wichtigster Handelspartner, größter Konkurrent und Ziel einer eskalierenden Sanktionsspirale mit der EU.
- Bei Elektroautos, Maschinenbau und Chemie stehen alle drei traditionellen deutschen Exportsäulen gleichzeitig unter Druck – bei E-Autos war Deutschland nie führend, und der Rückstand zu China (komplette Wertschöpfungskette inklusive Batterien und Seltenen Erden) ist kaum aufholbar.
- Selbst große deutsche Konzerne verlagern Investitionsschwerpunkte spürbar Richtung China (Beispiel BASF Zhanjiang, 8,7 Mrd. Euro), während das Stammwerk sparen muss – und die Eigentümerstruktur vieler DAX-Konzerne ist international, nicht mehr überwiegend deutsch.
- Gut ausgebildete Fachkräfte fehlen schon heute und werden mindestens 20 Jahre knapp bleiben – und selbst mehr Fachkräfte allein lösen das Problem nicht, wenn die Innovationskraft für neue, weltmarktfähige Produkte fehlt.
- Der Staat lenkt unser Geld gerade vor allem in Militär und Renten, weniger in Straßen, Bildung und digitale Zukunft – und weil die Rente ein Umlagesystem ist, muss die Abgabenlast der Arbeitnehmer strukturell eher steigen, auch wenn die Rentenzahlung selbst gesichert bleibt, ihre Höhe aber nicht.
- Ein Krieg am Golf treibt Öl- und Gaspreise gerade zusätzlich nach oben – unbeeinflussbar von deutscher Politik.
- Computer und Roboter übernehmen zunehmend Aufgaben, in der Fabrik ebenso wie im Büro.
- Eine schnelle politische Lösung gibt es nicht: 15 Jahre für neue Energie, 20 Jahre für

neue Fachkräfte, dazu die Einbettung in die EU – und bisher ist kein Trend zur Veränderung zu sehen. Zudem kann man Innovationskraft nicht wirklich planen.

- Wer sein Geld nur auf dem Sparbuch liegen hat, verliert über die Jahre eher an Kaufkraft, wenn die beschriebene Lage anhält.

Zum Schluss: Wie dieses Papier entsteht

Eine Bestandsaufnahme wie diese – über Energie, Bildung, Fiskalpolitik, Geopolitik und Demografie hinweg, mit geprüften und nachvollziehbaren Quellen statt bloßer Behauptung – entsteht nicht nebenbei. Die Gesellschaft für Krisenbewältigung kann diese Arbeit ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden leisten. Wenn dieses Papier für Sie einen Unterschied macht, unterstützen Sie diese Arbeit – als Mitglied oder mit einer Spende. Nur so bleibt eine Analyse möglich, die keinem Verlag, keinem Wahlzyklus und keiner Redaktionslinie verpflichtet ist, sondern ausschließlich der Nachprüfbarkeit der eigenen Aussagen.

Dipl.-Ing. Robert Jungnischke

Präsident der Gesellschaft für Krisenbewältigung (GfKb)

Vollständiges Quellenverzeichnis

Wie im Original-Faktenpapier dokumentiert; ergänzt um die im Rahmen der externen GfKb-Prüfung zusätzlich herangezogenen Quellen (gekennzeichnet mit „GfKb-Ergänzung“).

- IMD World Competitiveness Booklet 2026.
- Australian Strategic Policy Institute: Critical Technology Tracker, Ausgaben 2023–2026.
- Bundesnetzagentur: Bedarfsermittlung gesicherte Leistung bis 2035.
- Bundesregierung: StromVKG (10. Juli 2026), Kraftwerkssicherheitsgesetz.
- EU-Emissionshandel (ETS I): Preisdaten und Zertifikatsmengen 2026/2027.
- Europäische Kommission: CBAM-Verordnung, Produktumfang und Ausweitung ab 2028.
- Statistisches Bundesamt: Außenhandelsstatistik, Handelspartner-Ranking, kommunale Haushaltsdaten 2025/2026.
- Handelsblatt: China-Exportkontrollen Seltene Erden, April 2025/Okttober 2025.
- table.media, eurotopics.net: 21. EU-Sanktionspaket, 23. Juli 2026.
- Handelsblatt, Berliner Zeitung, Rhein-Zeitung: Chinesische Gegenmaßnahmen Rheinmetall u. a., 24. Juli 2026.
- PISA-Studie 2022 (OECD); IQB-Bildungstrend 2024.
- Bundesagentur für Arbeit: Fachkräfteengpassanalyse 2025/2026.
- IAB: Prognose Rückgang Erwerbspersonen bis 2035; Zuwanderungsmonitor 2025.
- Bundesministerium der Finanzen: 170. Steuerschätzung Mai 2026, Bundeshaushalt 2026/2027.
- Deutscher Bundestag: Haushaltsdaten Verteidigung, Verkehr, Digitales 2025/2026.
- ifo-Institut: Kritik an Sondervermögen-Verschiebungen, September 2025.
- ZDFheute, CNN, euronews, t-online: Berichterstattung Golf-Krise, Juli 2026.
- Internationale Energieagentur: World Energy Investment 2025.
- International Labour Organization (ILO): Automatisierungsrisiko Hoheinkommensländer.
- McKinsey Global Institute; World Economic Forum: Future of Jobs Report 2025.
- Bloomberg/International Federation of Robotics: Roboterdichte und Beschäftigung China 2015–2025.
- Presseberichte: Foxconn Kunshan, Xiaomi Changping, Zeekr, Xinjiang-Textilfabrik, humanoide Serienfertigung, April 2026.
- Sozialpolitik-aktuell.de: SGB-II-Quoten nach Staatsangehörigkeit 2025.
- Europäische Kommission: Spar- und Investitionsunion, 19. März 2025.
- Deutscher Bundestag: Vermögensteuer-Anträge, 6. März 2026.
- CSU-Parteitag, Rede Friedrich Merz, 12. Oktober 2024 (Wortlautdokumentation).
- Marc Buggeln: Das Versprechen der Gleichheit, Suhrkamp 2022 (historischer Lastenausgleich 1952).
- Greenpeace, Wikipedia, ADAC, EU-Rat: EU-Verbrennerverbot 2035, Aufweichungsvorschlag Dezember 2025, Stand Juni 2026.
- BASF SE: Pressemitteilung Zhanjiang, 26. März 2026; ZDFheute, t-online, dpa-AFX: Berichterstattung BASF Zhanjiang/Ludwigshafen, März–Juli 2026.
- Fraunhofer-Institut: Strombedarf Elektromobilität 2030/2035; Bundesministerium für Wirtschaft: Prognose Gesamtstrombedarf 2030.
- McKinsey: Zukunftspfad Stromversorgung (Januar 2024) und Zukunftspfad Stromnachfrage (Januar 2025) – Kapazitätslücken, Netzausbaukosten, Strompreiseffekt.
- Vattenfall, enviam, Bundesumweltministerium: Ladeverhalten, Gleichzeitigkeitsfaktor und intelligente Netzsteuerung bei Elektroautos.

- ASPI: Critical Technology Tracker, 2025 Update (30 von 74 Technologien für Deutschland), The Strategist, Dezember 2025.
- Amaral/Staratschek/Zdrzalek/Zetzmann, Kiel Institut für Weltwirtschaft: Wenn Preise den Einkommen davonlaufen – Zugang zu Wohneigentum in Deutschland, Wirtschaftsdienst 2026.
- Statistisches Bundesamt/Statista: Mietbelastungsquote nach Haushaltsnettoeinkommen 2022; IW Köln: Wohneigentumsquote 2024; Bundesbank: Bauzinsen Februar 2026.
- immowelt: Mietbelastungs-Analyse 107 kreisfreie Städte, Juni 2026.
- Statistisches Bundesamt/Bertelsmann Stiftung: Grundsicherung im Alter, Armutsgefährdungsquote 65+, Entwicklung der Altersarmut bis 2036; Alterssicherungs- und Rentenkommission, Ergebnisse 23. Juni 2026.
- DIW Berlin: Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung im Alter.
- Gebäudeenergiegesetz/Gebäudemodernisierungsgesetz: Sanierungspflichten bei Eigentümerwechsel, Bußgelder, Wertermittlungsrelevanz, Stand Juli 2026.
- GfKb-Ergänzung: Neue Zürcher Zeitung, „Die Schweiz und Deutschland fallen bei der globalen Wettbewerbsfähigkeit zurück“, Juni 2026; IHK Rhein-Neckar, Statement zum IMD-Ranking 2026, 19. Juni 2026.
- GfKb-Ergänzung: ASPI Critical Technology Tracker, Update März/Juni 2026 (27 von 74 Technologien für Deutschland).
- GfKb-Ergänzung: Bundeskabinett, Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt 2027, 29. April 2026; Tagesspiegel, ZDFheute, Deutscher BundeswehrVerband, Berichterstattung April/Mai 2026.
- GfKb-Ergänzung: Euronews Deutsch, „Ölpreis bei 100 Dollar: Golfstaaten bauen Alternativen zur Straße von Hormus“, 23. Juli 2026; watson.ch, Commerzbank-Rohstoffanalyse, Ende Juli 2026; Statista/IMF Port Watch, Schiffsdurchfahrten Straße von Hormus, 2026.